



ACAT SUISSE SCHWEIZ SVIZZERA

Action des chrétiens pour un monde sans torture ni peine de mort
Aktion der Christen für eine Welt frei von Folter und Todesstrafe
Azione dei cristiani per un mondo senza tortura né pena di morte



Karfreitagskampagne 2021: Petitionen zugunsten der Uiguren in Xinjiang

Mit der Veröffentlichung der «China Cables» (November 2019) sind die Beweise für die systematische Repression von mehr als einer Million muslimischer UigurInnen durch die chinesische Regierung in der Autonomen Region Xinjiang erbracht. Unsere erste Petition ersucht den chinesischen Präsidenten, dieser gezielten Politik ein Ende zu setzen, und die zweite verlangt von der Europäischen Union, gegenüber China mit Bestimmtheit zu handeln.

Ostturkestan

Im Jahre 1949 wurde das damals «Ostturkestan» genannte Gebiet – ähnlich wie 1950 Tibet – von China besetzt und trägt seither den Namen Autonome Region Xinjiang. Die ausgedehnte Region im Nordwesten Chinas ist geopolitisch und geostrategisch von grösster Bedeutung: Xinjiang grenzt an sechs verschiedene Länder, hat reiche Bodenschätze und spielt auch eine Rolle in dem vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping lancierten Megaprojekt der «Neuen Seidenstrasse».

Ansiedlungspolitik Chinas und Widerstand

Seit der Besetzung gab es wiederholt Widerstand gegen die chinesischen Vorherrschaftsansprüche. China verstand es, mit einer gezielten Ansiedlungspolitik den Anteil der Han-Chinesen bis zum Jahr 2019 auf einen Anteil von 40 % der Gesamtbevölkerung Xinjiangs von rund 29,6 Millionen Einwohnern zu steigern. Seit den Ereignissen von 9/11 versuchte China die zunehmende Unterdrückung der muslimischen Minderheit und die Repression gegen separatistische Umtriebe als Einsatz gegen den internationalen islamistischen Terrorismus darzustellen. 2009 kam es zu Protesten gegen die chinesische Unterdrückung, worauf die chinesischen Sicherheitskräfte mit Gewalt reagierten. Dabei kamen 197 Menschen ums Leben, Hunderte wurden verletzt. In der Folge wurden mehrere Attentate verübt, für die eine islamistische uigurische Separatistenorganisation die Verantwortung übernahm.

Verstärkte Repression

Im Mai 2014 rief die chinesische Regierung die Kampagne «Hartes Durchgreifen gegen Terrorismus» aus. Im Jahr 2016 wurde mit Chen Quanguo ein Mann zum Parteisekretär von Xinjiang ernannt, der sich zuvor wegen seines brutalen Vorgehens gegen die tibetische Bevölkerung einen berühmt-berühmten Namen gemacht hatte. Seither wurde die Unterdrückung der Uiguren allumfassend: lückenlose, permanente Überwachung der Bevölkerung mit Hilfe modernster Überwachungstechnologie, Verbot der Ausübung kultureller und religiöser Praktiken in der Öffentlichkeit und im privaten Bereich, Versammlungsverbot, willkürliche Inhaftierung in Masseninternierungslagern, Misshandlung und Folter, Zwangsarbeit, Zwangssterilisationen, Zwangsabtreibungen, ideologische Indoktrination ... Das Europäische Parlament hat im Dezember 2019 mit zwei Resolutionen zur Situation der Uiguren und zur Zwangsarbeit in Xinjiang auf diese krassen Menschenrechtsverletzungen reagiert.

Ilham Tohti, lebenslänglich im Gefängnis

Ilham Tohti, der Wirtschaftsprofessor und bekannte Verteidiger der Menschenrechte und der Rechte der uigurischen Minderheit in China, hat sich während über 20 Jahren unermüdlich für die Förderung von Dialog und gegenseitigem Verständnis zwischen den Uiguren und den übrigen Bevölkerungsgruppen Chinas eingesetzt. Wegen seines Aktivismus wurde er im September 2014 nach einem Schauprozess zu lebenslanger Haft verurteilt. Trotz erlittenem Leid plädiert Herr Tohti weiterhin für Mässigung und Versöhnung. Für sein Engagement hat er verschiedene Preise erhalten: den *PEN/Barbara Goldsmith Freedom to Write Award* (2014), den *Martin Ennals Award* (2016), den *Liberal International Prize for Freedom* (2017) sowie den *Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments* (2019).

(Quelle: ACAT-Luxemburg)



Im Petitionsbrief an den chinesischen Präsidenten Xi Jinping appellieren die ACATs für die unverzügliche Freilassung von Ilham Tohti, der sich stets für den Dialog und die Verständigung zwischen Uiguren und anderen ethnischen Gemeinschaften in China eingesetzt hat. Es wird daran erinnert, dass Ilham Tohti einzig wegen der friedlichen Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Dieses Recht ist in der chinesischen Verfassung, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verankert; China hat letzteren 1998 unterzeichnet und hat mehrmals versprochen, ihn zu ratifizieren. Weiter wird verlangt, dass Ilham Tohti bis zu seiner Freilassung keine Folter oder sonstige Misshandlung erleidet und dass er Zugang erhält zu einem Rechtsbeistand seiner Wahl, zu seiner Familie und zu aller medizinischen Hilfe, die er nötig haben könnte.

Mr. Xi Jinping

President of the People's Republic of China
Zhongnanhai Xichangan'jie Xichengqu
Beijing Shi 100017
People's Republic of China

Porto: Fr. 2.00 (A-Post)
E-Mail: english@mail.gov.cn

Wegen der pandemiebedingt längeren Postzustellzeiten in China empfehlen wir, dieses Schreiben wenn möglich per E-Mail zu senden.

Ausnahmsweise wird dieses Mal keine Kopie an die Botschaft der Volksrepublik China in der Schweiz geschickt (die Geschäftsstelle von ACAT-Schweiz wird die chinesische Vertretung informieren).

Hingegen bitten wir die Mitglieder, den zweiten Brief an den Hohen Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, Herrn Josep Borrell, zu senden.

Im Petitionsbrief an Herrn Josep Borrell bitten wir diesen, im Namen der Europäischen Union zugunsten der Freilassung von Ilham Tohti und weiterer inhaftierter uigurischer Menschenrechtsverteidiger zu intervenieren. Die EU wird ersucht, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, damit China seine Repressionspolitik gegenüber der uigurischen Gemeinschaft im In- und Ausland stoppt. Insbesondere soll die EU dafür plädieren, dass die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte die Erlaubnis erhält, nach Xinjiang zu reisen und ungehindert alle Haftlager der Region zu besuchen. Weiter soll die EU Produkte, die in den chinesischen «Umerziehungslagern» hergestellt werden, auf dem EU-Markt verbieten und einen kontinuierlichen Druck auf hochrangige chinesische Behörden ausüben, damit diese ihrer kürzlichen Zusicherung nachkommen, «kontinuierliche und anhaltende Anstrengungen» zur Ratifizierung und Einhaltung aller ILO-Kernarbeitsnormen über Zwangsarbeit vorzunehmen. Schliesslich sollen die übrigen Forderungen aus den Resolutionen des Europäischen Parlaments vom 19. Dezember 2019 und 17. Dezember 2020 zur Lage der Uiguren in der autonomen Region Xinjiang dringlich umgesetzt werden.

Mr. Josep Borrell Fontelles

Vice-President of the European Commission and
High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy
Rue de la Loi 200
1049 Brussels
Belgium

Porto: Fr. 1.50 (A-Post)
E-Mail: cab-borrell-fontelles-contact@ec.europa.eu

Interventionsfrist für die beiden Petitionsbriefe: 10. April 2021.

Vielen Dank für Ihr Engagement!